

Briefetal-Bote

Das „Briefetal-Bote“ erscheint Dienstags, Donnerstags und Sonnabends. Der Bezugspreis beträgt für das Vierteljahr 17 Mark, monatlich 4 Pfennig. Die einzelne Nummer kostet 2 Pfennig. Nach auswärts Postzuschlag.

Anzeigen werden in der Geschäftsstelle Birtenwerder, Bahnhof-Allee 5 und von allen Anzeigen-Expositionen angenommen. Die Geschäftsstelle Postfach 10101 kostet 0 Pfennig die Zeile für die erste Woche, 10 Pfennig für die zweite Woche.

Amtsbezirks-Anzeiger und Zeitung

für Birtenwerder, Hohen Neuendorf, Borgsdorf, Briese, Lehnitz, Stolpe



für ehem. Hofsjagdrevier, Bergfelde, den Amtsbezirk Schönfließ und Umgegend

Telegr.: Briefetalbote, Birtenwerder

Sernsprecher: Amt Birtenwerder Nr. 5

Alleiniges amtliches Publikationsorgan mit rechtsverbindlicher Publikationskraft für den Amtsbezirk Birtenwerder.

Anzeigenpreis für die neugepaltene Kleinzeile oder deren Raum 15 Pfennig, auswärts 20 Pfennig. Reklamezeile 100 Pfennig. Berechnung in Goldmark zum amtlichen Dollarkurs

Nr. 67

Postfach-Konto: Berlin 62448

Donnerstag, den 30. April 1925

Postfach-Konto Berlin 63448

24. Jahrg.

Der Gemeindevorsteher Birtenwerder.

Neuwahl eines Mitgliedes des Amtsausschusses für den Amtsbezirk Birtenwerder, an Stelle des ausgeschiedenen Gemeindevorstehers Handh. Die Mitglieder der Gemeindevorstellung werden am Freitag, den 8. Mai d. Js., abends 8 Uhr, in den großen Sitzungssaal des Rathhauses hiermit eingeladen. Die Wahl erfolgt durch Stimmzettel.

Falls der Gewählte die Wahl ablehnt und dieses sofort im Wahltermin erklärt, wird zugleich zu einer anderen Wahl geschritten werden.

Birtenwerder, den 29. April 1925.

Der kommissarische Gemeindevorsteher. Blank.

Was gibt es Neues?

Staatssekretär Trendelenburg hatte nach seiner Rückkehr nach Paris eine einstündige Unterredung mit dem französischen Handelsminister.

Der neue amerikanische Votschaffter in London Tougton überreichte dem König sein Beglaubigungsschreiben.

Palais de hat den Votschafftern Deutschlands, Japans, Italiens und der Vereinigten Staaten Höflichkeitbesuche abgelehnt.

Der frühere preussische Kultusminister Goettlich ist gestorben.

Im Preussischen Landtag gab Ministerpräsident Braun eine Regierungserklärung ab.

Nach der Wahl.

Ergänzung des vorläufigen Wahlergebnisses.

Das ergänzte vorläufige amtliche Gesamtergebnis der Reichspräsidentenwahl vom 26. April ist folgendes:

Gesamtzahl der abgegebenen gültigen Stimmen 30 362 393. Davon erhielten:

Hindenburg	14 648 773
Marx	13 760 089
Fehlmann	1 931 635
Serpflittert	21 896

Der Reichswahlleiter hat bereits an den Generalfeldmarschall v. Hindenburg brieflich die Frage gerichtet, ob er die Wahl zum Reichspräsidenten annimmt, falls der Reichswahlprüfungsausschuss die Wahl anerkennt.

Das Uebergebnis aus Westenburg.

Aus Wahlkreis 35 (Westenburg) liegt folgendes ergänztes vorläufiges amtliches Gesamtergebnis vor: Abgegebene gültige Stimmen 461 617.

Hindenburg	274 552
Marx	169 870
Fehlmann	16 532
Serpflittert	663

Eine Kundgebung v. Voebell.

In einer Erklärung des Vorsitzenden des Reichsblocks, v. Voebell, heißt es u. a.:

Die außerordentlich zahlreichen wertvollen Anregungen aller Art, die finanzielle Hilfe aus den wirtschaftlich schwächsten Kreisen hat mir während des ganzen Wahlkampfes immer wieder bewiesen, von welcher breiten Schicht des deutschen Volkes die Kandidatur Hindenburg getragen wurde, und hat auch mir stets die bestimmte Siegesüberzeugung gegeben. Die unendliche Fülle der Zusendungen und Vorschläge macht es mir leider unmöglich, jedem einzelnen persönlich zu danken. Ich spreche deshalb allen, die diesen Sieg mitgeföhrt haben, im Namen des Reichsblocks, im Namen aller in diesem vereinigten Parteien und Verbänden aller in diesem vereinigten Parteien und Verbänden den Dank für aufopfernde Mitarbeit aus. Der Reichsblock dankt dem Generalfeldmarschall von Hindenburg für das große Opfer, das er mit der Kandidatur und mit der Übernahme des höchsten Amtes des deutschen Reiches dem deutschen Volke gebracht hat. Mit Hindenburgs Sieg hat das deutsche Volk den Staatsgedanken zurückerobert. Ehrt unseren Reichspräsidenten. Flaggen heraus! v. Voebell, Staatsminister, Vorsitzender des Reichsblocks.

Der Reichszugler an Hindenburg.

Reichszugler Dr. Luther hat an Generalfeldmarschall v. Hindenburg folgendes Telegramm geschickt:

Als Erwählten für das höchste Amt, das das deutsche Volk zu vergeben hat, Sie zu begrüßen, ist mir als Reichszugler eine besondere Ehre. Volk Dankbarkeit und Verehrung bedeute ich alles dessen, was Ihre Person und Ihr Name für unser Vaterland in Zeiten höchster Krisenpannung und tiefster Not bedeutet hat. Ich gebe der aufrichtigen Hoffnung Ausdruck, daß unter Ihrer Reichspräsidentenschaft das deutsche Volk durch wachsende Einigkeit im Innern erstarke und daß auch sein Wiederanstreben im Kreise der anderen Völker auf den Bahnen friedlicher und gerechter Entwicklung entscheidende Fortschritte machen wird.

Reichszugler Dr. Luther.

Dr. Luther hat sich nach Hannover begeben, wo er eine Unterredung mit Hindenburg über die Frage seines Amtsantritts haben wird. Reichspräsident Hin-

denburg wird wahrscheinlich nicht bis zur offiziellten Notifizierung seiner Wahl durch den Reichswahlleiter in Hannover bleiben, sondern wird schon in den nächsten Tagen in Potsdam erwartet, wo er bei seinem alten Freund und Neffen, dem General v. Lepinski, Wohnung nehmen wird. Auch die Schwester Hindenburgs, Fraulein Eva v. Hindenburg, wohnt seit Jahren in Potsdam.

Im Hause Hindenburgs laufen fortgesetzt Tausende von brieflichen und telegraphischen Glückwünschen ein.

Reichskabinett Luther bleibt.

Das Reichskabinett trat am Dienstag abend zu einer Sitzung zusammen, um die politische Lage zu erörtern. An der Sitzung nahmen sämtliche in Berlin anwesenden Reichsminister teil, bis auf Minister Dr. Stresemann, der durch Krankheit am Eschkeinen verhindert war, dem Kabinettsbeschluss jedoch nachträglich beitrug. Es wurde Uebereinstimmung darüber festgestellt, daß das Kabinett aus Anlaß der Neuwahl des Reichspräsidenten nicht zurücktreten werde, da ein verfassungsgemäßlicher Grund hierfür nicht vorliegt. Der Reichszugler erläuterte dem Kabinett Bericht über seine Unterredung mit dem künftigen Reichspräsidenten am Vormittag.

Hindenburg und das Ausland.

Englische Pressestimmen.

Der Eindruck des deutschen Wahlergebnisses ist in England gewaltig. Vor allen Dingen überwiegt das Gefühl großer Ueberraschung. Die ersten Ausgaben der englischen Tagesblätter beschränken sich, abgesehen von einer Neuauflage Lloyd Georges, auf die Wiederholung von Pariser Stimmen.

„Evening News“ unterstreichen eine Neuermeldung aus Paris, in der es heißt, daß ein durch die Wahl Hindenburgs demaskiertes Deutschland einem mit Marx maßstabes Deutschland vorzuziehen sei. Lloyd George schreibt: „Hindenburg ist ein charakteristischer alter Herr. Er wird nichts Ueberreifes tun.“ Die Redaktion des Blattes führt aus, daß kein Anlaß zur Panik gegeben sei. Hindenburg würde einsehen, daß Frieden und Sicherheit für Europa nicht nur im Interesse der Welt, sondern auch im Interesse seines eigenen Vaterlandes, der er immer zu dienen bestrebt gewesen sei, lägen. Der liberale „Star“ bezeichnet Hindenburg als einen hölzernen Heiligen, kommt aber zu dem Schluss, daß die nationale Verwirrung in Deutschland durch die Autorität Frankreichs, die Abtrümmung Italiens und die Nichtveröffentlichung des Entwurfsnachrichts unterdrückt worden wäre.

Nach einer Neuermeldung herrscht in den englischen Regierungskreisen der Eindruck vor, daß die weitere Ausführung des Dawesplanes nicht beeinträchtigt werde. Man glaubt auch, daß die Aussprachen über die deutschen Sicherungsvorschläge fortzuführen werden und die deutsche Außenpolitik keine Veränderung erfahren werde. Man weist darauf hin, daß das zweite deutsche Sicherungsangebot von einem rechtstehenden Kabinett ausging, und es befasse kein Grund, anzunehmen, daß Deutschland seine Haltung jetzt in dieser oder in anderen Fragen ändern werde.

Günstige Auffassung in Rom.

Die meisten römischen Blätter beurteilen die Wahl Hindenburgs sehr günstig. „Polca“ schreibt, daß das deutsche Volk Hindenburg die Aufgabe anvertraut habe, die innere Ordnung in Deutschland wieder herzustellen und seine Ehre zu verteidigen. Deutschland habe genug zu tun, um sich wirtschaftlich wieder zu konsolidieren, um nicht an Abenteuerpolitik zu denken und auch eine Rechtsregierung werde mindestens eine wirtschaftliche Verständigung mit England und Frankreich suchen. In der „Tribuna“ schreibt der Nationalist, Senator Morello: „Der alte Soldat ist heutzutage zurückgekehrt. Nicht an der Spitze seines Heeres, aber vom ganzen Volk auf den Armen getragen. Deutschland schart sich um seinen alten Marschall. Seit heute steht unter den Trümmern Europas wieder eine Säule aufgerichtet, und es wäre töricht, sie übersehen zu wollen. Seit heute ist ein neues Moment in die europäische Politik eingetreten, ein Moment der Ernsthaftigkeit und der Bestimmtheit. Es ist jemand auf dem Platz, der sich vorgenommen hat, für Deutschland zu sprechen und zu handeln. Wenn die Wahl Hindenburgs die Alliierten zur Erkenntnis der Realitäten bringen würde, so könnte die Wahl zum Frieden beitragen, oder feiner unter ihnen wird den Mut zur Revision der alten Forderungen finden.“

Der Vatikan zur Wahl Hindenburgs.

„Observatore Romano“, das offizielle Organ des Vatikans, schreibt: Die Wahl Hindenburgs ist mehr ein Sieg der Persönlichkeit Hindenburgs, als der Sieg eines bestimmten Parteiprogramms und läßt auf dem unabweisbaren Frieden, das der Marschall in ganz Deutschland und in allen Kreisen genießt. Es sei übertrieben, diesen persönlichen Sieg mit einem Siegel nationalitätlicher und dynastischer Ideen und antirepublikanischer Strömungen gleichzusetzen. Vom ausgeprägten Patriotismus Hindenburgs sei zu erwarten, daß er den Frieden fördern werde. Manche, die gestern noch ihre Stimme dem würdigen Führer des Zentrums gegeben hätten, würden Hindenburg vorzuziehen, sein hohes Ziel zu erreichen.

Amerika nicht interessiert.

Nach amerikanischen Pressestimmen ist Amerika an der deutschen Präsidentenwahl nicht interessiert. Die Zeitungen weisen darauf hin, daß Hindenburg bei der Erfüllung des Dawesplanes bestimmt die gleiche Haltung einnehmen wird, wie jeder andere Präsident. Aus Gesprächen mit Bankiers entnimmt der Vertreter der Telegraphen-Union, daß unter Hindenburg die deutschen Anleiheverträge genau so behandelt werden sollen, wie unter Marx, wenn nur Deutschlands innere Verhältnisse ruhig bleiben.

Die Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten hat in Brüssel keine Ueberraschung hervorgerufen, wird aber von manchen Blättern in teilweise sehr erregten Kommentaren besprochen.

Hermes gegen Barmat.

Aus dem preussischen Barmatausfluß.

Der Untersuchungsausschuß des preussischen Landtags für die Barmat-Rutsker-Affären nahm seine Arbeiten wieder auf und will sie in etwa zehn weiteren Sitzungen zu Ende führen.

In der Montagssitzung beschäftigte man sich insbesondere mit den Geschäftspraktiken Barmats. Der frühere sächsische Wirtschaftsminister Schwarz sagte über die Geschäftsverbindungen zwischen Sachsen und Barmat aus, die durch die Warnungen v. Lossows (Reichsjustizstelle) jäh getört wurden. In den Berliner Stellen habe er keinerlei belastendes Material gegen Barmat aufreiben können. Er habe nur ausweichende Antworten erhalten und den Eindruck gehabt, daß das Material nicht hier- und nicht dort gewesen, und die Reichsjustizstelle nur deshalb gegen Barmat vorgegangen sei, weil er Sozialdemokrat war. Der frühere Reichsernährungsminister Dr. Hermes bestritt das und wies auf eine Reihe von Momenten hin, die zu Mißtrauen gegen Barmat Anlaß gegeben hätten: Den Bericht des deutschen Generalkonsuls in Amsterdam, Barmats verschiedene Differenzen mit Reichsstellen, Barmats Versuche, durch Hinweis auf seine Parteizugehörigkeit direkte Zusagen des Ministers in die Hand zu bekommen.

Dann unterwarf man sich über die Rolle, die Reichszugler a. D. Bauer in der Sache gespielt hat, ohne daß dabei viel Neues herauskam.

Berlesen wurde dann der Bericht des deutschen Generalkonsuls in Amsterdam vom 6. Dezember 1920; es heißt darin, daß Barmat auf alle schwachen Ecken gehöre, da er ein großer Betrüger sei. Nach weiterer Zeugenvernehmung, wobei u. a. nochmals der frühere Wirtschaftsminister Robert Schmidt zu Wort kam, vertagte man sich bis zu einer nicht öffentlichen Sitzung, deren Termin noch nicht festgesetzt wurde.

Die Entwicklung der Reichspost.

29 Millionen Ueberfluß.

Berlin 28. April 1925.

Im Reichstag gab bei der heute fortgesetzten Beratung des Reichshaushalts (Reichsminister Reichspostminister) einmal einen Ueberblick über die Tätigkeit seiner Verwaltung. Der Kraftwaagenverkehr bei der Post habe sich beträchtlich vermehrt. Der Postbedienten habe sich der Vorkriegszeit gegenüber verdoppelt, und auch der Fernpostverkehr befinde sich in erfreulicher Aufwärtsentwicklung. Der Briefverkehr habe allerdings den Stand von 1913 noch nicht erreicht, der Paketverkehr sei dagegen wieder auf der alten Höhe angelangt.

Eine völlige Neuordnung des Rundfunks

ist im Gange. Es sollen Maßnahmen getroffen werden, um den politischen oder wirtschaftlichen Mißbrauch des Rundfunks zu verhindern. Es ist Aufgabe der politischen Instanzen, dafür Sorge zu tragen, daß er ebenso wie in anderen Ländern in neutraler Weise gehandhabt werden kann. Der Postverkehr mit dem Auslande ist in allmählichem Wiederaufbau begriffen. Der Minister wendet sich dann der Personalpolitik zu und erklärt, daß er für das Personal erstrebe: ausreichende Besoldung, erträgliche Verhältnisse, verhältnismäßig günstige dienstliche Arbeitsbedingungen und eine möglichst ausgedehnte soziale Fürsorge. Der Personalabbau sei eine recht schmerzliche Aufgabe gewesen. Eine gewisse Zahl der Abgehenden sei zu einer dauernden Wiedereingliederung vorgemerkt worden. Das Rechnungsjahr 1924 wird mit

mindestens 29 Millionen Mark Ueberfluß abgeschlossen, der zur Rücklage fließt. Der Vorschlag für 1925 sieht in Einnahme und Ausgabe mit 1742 Millionen Reichsmark ab. Ziel der Tarifpolitik sei, die Gebühren so niedrig zu halten, wie es die Wirtschaftsinteressen irgendwoher zulassen. Eine weitere Ermäßigung der Postgebühren ist absehbarer Zeit ausgeschlossen, weil die Ausgaben dafür steigen und die Aufgaben der Post erweitert werden müßten. Der Minister gibt dann Auskunft über die Personalpolitik der Postverwaltung.

In der Aussprache wurden von den einzelnen Rednern die üblichen Wünsche und Beschwerden vorgebracht.